



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/102

4.Mai 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Europäische Bewegung und Saarfrage	S.1
Heimkehr nach dem Osten? (Bericht aus Wien)	S.3
Zum Schicksal der verschollenen Kriegsgef.	S.5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S.7

Europäische Bewegung und Saarfrage

Von Dr.Gerhart Lützens, M.d.B.

Am Ende dieser Woche veranstaltet das internationale Exekutivkomitee der europäischen Bewegung in Paris eine Sitzung, mit deren Vorbereitungen sich kürzlich in Bonn das Exekutiv-Komitee des Deutschen Rats der europäischen Bewegung befasst hat. Auf Initiative zweier Vertreter der SPD, der Abgeordneten Dr.Hermann Brill und Dr.Gerhart Lützens, wurde einstimmig beschlossen, in Paris zu beantragen, ein Ausschuss solle für die europäische Bewegung prüfen, ob und inwieweit durch einen etwaigen Beitritt des Saargebietes zum Strassburger Europarat "staats- und völkerrechtliche Schwierigkeiten und Hindernisse geschaffen würden, welche die Zukunft der europäischen Einigung bedrohten".

Gleichfalls einstimmig wurde in Anwesenheit von Vertretern auch der CDU beschlossen, dass dabei insbesondere auch die Frage untersucht werden solle, ob das Saargebiet überhaupt den demokratischen Voraussetzungen Genüge leiste, welche das Statut des Europarats für seine Mitglieder zwingend vorschreibt, ob nämlich dort die menschlichen Grundrechte und die persönlichen Freiheiten gesichert seien.

Damit hat sich die Organisation der europäischen Bewegung in Deutschland auf den Standpunkt gestellt, den die SPD in ihrer Denk-

schrift zur Saarfrage und in der Saardebatte im Bundestag als erste eingenommen hat. Damals war vom Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher, als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen worden, die Regierung möge sich an alle Mitgliedsstaaten des Europarats wenden, um gegen die Einladung an das Saargebiet Einspruch mit dem Hinweis zu erheben, das Saargebiet sei im demokratischen Sinne nicht für die Mitgliedschaft qualifiziert. Dem Punkt kommt eine erhebliche Bedeutung zu für die, welche es mit der europäischen Einigung ernst meinen. Wenn am Beginn einer neuen politischen Institution ihre fundamentalen Grundsätze verletzt werden, dann pflegt es um ihre weitere Entwicklung nicht gut bestellt zu sein. Als die sowjetische Kommunistische Partei den Gedanken der Demokratie in ihren eigenen Reihen aufgab, war es mit Sozialismus und Freiheit bald zu Ende. Wenn der Strassburger Europarat selbst die Prinzipien seines Statuts über Bord wirft, hat er den Kampf für ein einiges Europa der Freiheit und Menschlichkeit schon verloren.

Leider hat weder die Regierung der Bundesrepublik, noch die von dem reinen Illusionspolitiker Heinrich von Brentano geleitete Bundestagsfraktion der CDU bisher die Wahrheit und Wichtigkeit dieser Frage erkannt. Umso erfreulicher ist es, dass der Deutsche Rat der europäischen Bewegung sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen hat und nunmehr die Frage international stellen wird.

- o - o -

Sowjetische Zielsetzung.

"Wenn Du wüsstest, wie Ihr mich anwidert, Ihr ehrlichen Betrüger. Ihr verlangt von den Zeitgenossen, im Dreck zu leben und auf Euren Befehl zu krepieren, damit die Enkel das Paradies auf Erden haben. Aber wir, sind wir nicht Enkel? Unsere Urgrossväter waren bereits Enkel - kümmert Euch also um unser Stückchen Leben auf Erden und nicht um das Paradies unserer Enkel, die es wahrscheinlich überhaupt nicht mehr geben wird, wenn Ihr so weitermacht".

(Aus Manès Sperber "Der verbrannte Dornbusch")

- o - o -

Heimkehr nach dem Osten?

F. Wien, im Mai 1950

Die Heimatlosen aus den Oststaaten sind innerhalb weniger Monate neuerdings Gesprächsstoff geworden. Waren es zunächst einige unvorsichtige Äusserungen des österreichischen Innenministers, die besonders die Jugoslawen- und Rumäniendeutschen zu einer Flucht nach Westdeutschland veranlassten, später der Kongress der Ökumene in Salzburg, der konkrete Empfehlungen an die österreichische Regierung ausarbeitete, von denen allerdings bisher keine einzige aufgegriffen wurde, so ist es nunmehr das Amnestie- und Rückkehrdekret der Ungarischen Volksrepublik, das innerhalb der ehemaligen ungarischen Staatsbürger - also nicht nur der deutschsprechenden - ein starkes Echo ausgelöst hat. Die Folgen dieser Dekrete sind nicht abzusehen.

Vor kurzem erliess der Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik eine Amnestie, in der gesagt wird, dass die "Festigkeit der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung" es ermöglichen, gewissen Ungarn die straflose Heimkehr zu sichern. Es kommen für diese Amnestie nach diesem Erlass Personen in Frage, "die sich infolge der Kriegsergebnisse nach dem Westen entfernten und nach der Befreiung - durch feindliche Propaganda irregeführt - gesetzwidrig das Land verlassen haben, aber bereits eingesehen haben, dass sie ihr Wohl nur in ihrer Heimat, im Kreise des ungarischen, arbeitenden Volkes finden können". Ausgeschlossen von der Gnade sind nur Personen, die während der Sztojay- und Szalasi-Regierungen zum Ministerialrat, politischen Staatssekretär, Obergespan oder General ernannt wurden oder im Dienste der Gestapo standen. Wegen verbotenen Grenzübertritts wird niemand bestraft, der bis 4. Oktober 1950 nach Ungarn zurückkehrt. Die Ungarische Gesandtschaft in Wien organisiert kostenlose Heimkehrertransporte.

Der ungarische Ministerrat hat am 25. März die Anordnungen über die Aussiedlung der ungarländischen deutschen Bevölkerung ausser Kraft gesetzt. Damit ist das Potsdamer Abkommen offiziell durchbrochen worden. Es können nur solche Deutsche nach Ungarn zurückkehren, die ihre nächsten Angehörigen in Ungarn haben. Nun mag dies eine beträchtliche Zahl sein. Dazu kommt noch eine weitere Gruppe: im Jahre 1945 floh ein Teil der Jugoslawiendeutschen, hauptsächlich Frauen, nach Ungarn, wo sie bis heute unbehelligt blieben. Wie man hört, ist

es vielen gelungen, wieder eine bescheidene Existenz aufzubauen; so sind viele in der Landwirtschaft und als Köchinnen usw. beschäftigt.

Diese Menschen glauben nun, ihre nächsten Verwandten nach Ungarn kommen lassen zu können, zumal sie meist bereits die ungarische Staatsbürgerschaft erworben haben.

Allerdings: eine Rückgabe des deutschen Besitzes in Ungarn kommt nicht in Frage. Das ist deutlich genug aus der Mitteilung der Wiener Gesandtschaft zu entnehmen: "Die bis zum 25. März 1950 durchgeführten behördlichen Verfügungen behalten ihre Gültigkeit und es kann daher aus diesen ein Entschädigungs- oder anderweitiger Anspruch nicht geltend gemacht werden".

Das ist unmissverständlich. Dennoch haben die bisherigen Bekanntmachungen trotz aller Warnungen ein Echo gefunden, wie es im Sinne der Erlasser war: zu Hunderten melden sich auf der Ungarischen Gesandtschaft in Wien Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Schlangen standen in den letzten Tagen vor dem Gebäude. Diese Menschen gehen schwarz über die Zonengrenze, sie kommen schwarz aus Westdeutschland und schlagen sich nach Wien durch. Sie bedenken nicht, dass sie erst abwarten müssen, wie das Innenministerium in Budapest über sie entscheidet, d.h. ob sie für "würdig" befunden werden, die ungarische Staatsbürgerschaft wieder zu erhalten. Dennoch nehmen sie alle Strapazen und Risiken auf sich.

Das ist eine mehr als merkwürdige Situation. Während sich die Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen ständig verschlechtern, werfen Deutsche alle Vorbehalte von sich und kehren dem Westen den Rücken! Diese Erscheinung kann man nicht damit abtun, dass das Heimweh nach fünf Jahren nicht abgeklungen ist. Von einer politischen Anziehungskraft wird man wohl nicht sprechen können. Aber von einer Schuld des Westens, der wertvollste Menschen ziehen lässt.

Die ungarischen Dekrete dürften den Anfang einer neuen Entwicklung darstellen. Auch die Tschechoslowakei zeigt bereits die Neigung, den Potsdamer Weg zu verlassen. Einige Transporte von sudetendeutschen Facharbeitern aus der Ostzone sind bereits nach Böhmen abgegangen. Keiner der Abtransportierten hat seinen Besitz wiedergesehen. Aber er sieht in den Riesenräumen des Ostens eine Chance, sich ohne Furcht vor der gerade den Flüchtling bedrohenden Arbeitslosigkeit durchzusetzen, und zwar auf einem Boden, der ihm vertraut ist.

Eine solche Mentalität, so verständlich sie aus der Perspektive der Vertriebenen ist, ist ein schlechtes Omen für die Bemühungen, Westeuropa gegenüber dem Osten attraktiv zu gestalten. Es ist zugleich ein vernichtendes Urteil über die in Westdeutschland und Österreich betriebene Flüchtlingspolitik.

- o - o -

Warum so viele nicht zurückkehren

ep. Immer wieder wird die Frage erhoben, wieviel Kriegsgefangene tatsächlich noch in Russland sind. Die Russen haben alle Ursache, sich darüber auszusprechen, weil sie über den Verbleib der nach Kriegsende gemeldeten Millionen von Gefangenen nichts sagen können. Es besteht der dringende Verdacht, dass eine ordentliche Registrierung der in den Lagern gestorbenen Kriegsgefangenen etwa erst ab 1946/47 erfolgte. Wer vorher verstorben war, wurde ohne jede Formalität, oft unter den menschenunwürdigsten Umständen, von der Erde geschafft.

Eine erschütternde Illustration dieser Tatsachen liefert der Bericht eines Heimkehrers, der heute in Bonn lebt. Dem der Kriegsgefangenenhilfe der SPD zugegangenen Bericht entnehmen wir u.a.:

"Am 24.11.1943 geriet ich in Gefangenschaft. Mein erstes Lager war Poltawa. Dort starben auf elendeste Art innerhalb von drei Wochen über 400 Landser. Eine der schrecklichsten Begebenheiten spielte sich am Heiligen Abend 1943 ab. Lagerkommandant war ein Zuchthäusler namens Franz ... aus Dortmund. Der Familienname ist mir entfallen. Wir kannten ihn nur unter dem Namen "Franz" oder unter der Bezeichnung "der Henker von Poltawa". Er ist später bei einer Versetzung ins Lager Morschansk unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen.

Wir lagen damals - etwa 300 Mann - im Schweinestall einer Kolchose bei Poltawa. An diesem Abend hiess es plötzlich: "Alle Leute, die noch Goldsachen haben, Gebiss mit eingerechnet, sofort am Eingang antreten!". Es kamen genau 30 Mann. Der Lagerkommandant, mit einem schweren Birkenscheit bewaffnet, verschlang zunächst in sadistischer Weise vor den halb verhungerten Landsern eine gebratene Fleischkeule und verhöhnte dabei die Gefangenen in der rüdesten Weise. Dann befahl er zu singen, er werde den Takt dazu schlagen. Als erste Lied wurde "Stille Nacht, heilige Nacht" befohlen. Jeden Landser, dem dabei die Tränen kamen, schlug er mit dem Holzprügel zusammen. Bald

lagen 27 Mann ohnmächtig am Boden, drei durften wegtreten, während wir restlichen 270 Mann machtlos zusehen mussten, da wir vor Hunger völlig entkräftet waren und keinerlei Widerstand hätten leisten können. Als die 27 Mann wieder einigermassen zur Besinnung gekommen waren, mussten sie unter Absingen des Liedes "O Tannenbaum" auf allen Vieren durch den 40 cm hohen Schnee zur etwa 140 m entfernten Abortgrube kriechen. Dort fasste der Unmensch jeden einzelnen bei den Beinen und warf die 27 Mann nacheinander kopfüber in die Jauchegrube. Kein Mensch hat jemals wieder nach ihnen gefragt.

Ein weiteres Beispiel aus dem Lager Morschansk, 450 km südöstlich von Moskau: Im Frühjahr 1944 war ein Kriegsgefangenentransport mit 1800 Mann aus der Krim gemeldet. Als der Zug eintraf, zogen wir einen einzigen lebenden Mann, einen Ungarn, aus einem Waggon. Alle anderen 1799 waren verhungert. Nach den Aussagen des Ungarn war der Transport viereinhalb Wochen unterwegs gewesen. Jeden Tag gab es zwölf rohe Erbsen und pro Waggon einen Eimer Wasser. Die Begleitwache hatte unterwegs die Lebensmittel gegen Wodka verschoben. Die 1799 Leichen wurden im Wald verstreut, mit Chlorkalk übergossen und liegen gelassen. Niemand gab sich die Mühe, sie zu registrieren.

Eines Tages kam im Lager ein Transport von 2560 Kriegsgefangenen aus dem Kessel Smolensk an. Als ich kurz darauf aus dem Lager wegkam, lebten von dem Transport noch 56 Mann. Nach den Schätzungen eines Kameraden, der als Antifaschist in der Lagerverwaltung verwendet wurde, sind in Morschansk während der Zeit, da das Lager bestand, etwa 22.000 Landser gestorben".

Es ist nach solchen Berichten kein Wunder, dass die Sowjets allen Diskussionen über die Zahl der Kriegsgefangenen ausweichen und alle Berechnungen durch bewusst falsche Angaben verwirren. Es ist aber notwendig, dass von einer übergeordneten Stelle solche und ähnliche Berichte gesammelt werden, damit man sich zumindest annähernd ein Bild über die wirklichen Verluste in Russland machen kann.

Nachrichten aus der Sowjetzone:SED bestimmt über Urlaubsreisen

sp. In allen Volkseigenen Betrieben wurde die Gewährung von Urlaub zu Reisen ausserhalb des Beschäftigungsortes von der Zustimmung der SED-Betriebsgruppe, der Betriebsgewerkschaftsgruppe und der polizeilichen Abmeldung abhängig gemacht. Auf diese Weise will man "unzuverlässige Elemente" auch während des Urlaubs in der Kontrolle behalten und eine etwaige Flucht nach dem Westen verhindern.

--

Uranbergarbeiter nach dem Ausland verpflichtet

sp. Die Wismut AG, deren Aufgabe die Ausbeutung der deutschen Uranvorkommen im sächsischen Erzgebirge ist, ist bestrebt, deutsche Uranbergbauarbeiter nach anderen Ländern des Ostblocks zu verpflichten, wo sie ebenfalls im Uranbergbau eingesetzt werden sollen. Die Arbeiter werden direkt oder indirekt gezwungen, einen Vertrag zu unterschreiben, der in russischer Sprache abgefasst ist und für ein Jahr gelten soll. Nach geleisteter Unterschrift werden die Arbeiter in ein besonderes Lager bei Chemnitz gebracht, wo sie unter strenger Bewachung gehalten werden. Eine Flucht von dort ist nur in den seltensten Fällen möglich. Von hier aus gehen laufend Transporte von rund 50 Mann nach Ungarn und der Tschechoslowakei. Über die Arbeitsbedingungen, die tariflichen und sonstigen Vereinbarungen, die für diese Arbeiter im Ausland gelten, ist nichts bekannt geworden.

--

"Sauberkeit" in der "VOPO"

sp. Bei der Auswahl der Volkspolizeianwärter spielen charakterliche Gesichtspunkte keinerlei Rolle mehr, ausschlaggebend ist die Linientreue und das Parteibuch der SED. Nach einem achtwöchigen Kursus auf der Landespolizeischule in Erfurt wurde von den 250 Lehrgangsteilnehmern der Verlust folgender Gegenstände gemeldet: 17 Brieftaschen, 11 Geldbörsen, 1 Zivilanzug, 1 Fotoapparat, 9 Uhren, 1 Pistole, 5 Mäntel. Nach Abschluss des Lehrgangs wurden alle Teilnehmer in den Polizeidienst kommandiert.

--

12 Jahre Zuchthaus für die Wahrheit

sp. Das Dessauer sowjetische Militärtribunal verurteilte drei Volkspolizisten, die versucht hatten, nach dem Westen zu fliehen, zu je 12 Jahren Zwangsarbeit. Bei den Verhafteten war Bildmaterial über Greuelthaten sowjetischer Besatzungssoldaten gefunden worden. Die Verurteilung erfolgte wegen angeblicher antisowjetischer Tätigkeit.

--